Wuppertal Institut

in brief 17 | 2026

Wuppertaler Impulse zur Nachhaltigkeit

Gesundheit im Klimawandel: Neue Querschnittsaufgabe für Kommunen

Dr. Carolin Baedeker, *Stellv. Abteilungsleiterin und Co-Leiterin des Forschungsbereichs Innovationslabore,* ***Anja Bierwirth,*** *Leiterin des Forschungsbereichs Stadtwandel,* ***Franziska Erbe,*** *Researcherin im Forschungsbereich Zirkuläre Ökosysteme und Governance,* ***Sibel Raquel Ersoy,*** *Researcherin im Forschungsbereich Energiewende International,* ***Annika Greven,*** *Researcherin im Forschungsbereich Innovationslabore,* ***Anica Luggen-Hölscher,*** *Researcherin im Forschungsbereich Innovationslabore,* ***Constanze Schmidt,*** *Wissenschaftliche Referentin Strategische Themenfeldentwicklung Klimaanpassung,* ***Dr. Franziska Stelzer,*** *Senior Researcherin im Forschungsbereich Innovationslabore,* ***Oliver Wagner,*** *Co-Leiter des Forschungsbereichs Energiepolitik*

Zusammenfassung

*Klimawandel und Gesundheit hängen eng zusammen. Gerade in Städten beeinflussen sich Klima- und Umweltbelastungen, soziale Ungleichheiten und kommunale Infrastruktur gegenseitig. Das bringt gesundheitliche Risiken. Aber es bieten sich auch Chancen. Dieser In Brief zeigt, wie Kommunen mit dem übergeordneten Konzept „Health in All Policies“ (HiAP) Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit systematisch in allen Politikfeldern berücksichtigen können. Es geht bei dem Ansatz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) darum, dass Ressorts zusammenarbeiten, soziale und umweltbezogene Faktoren gemeinsam betrachten und integrierte Lösungen entwickeln. Good-Practice-Beispiele zeigen, wie Kommunen HiAP bereits institutionell verankert haben und praktisch umsetzen. Daraus lassen sich klare Handlungsempfehlungen ableiten: Kommunen sollten Gesundheit als Querschnittsaufgabe etablieren, relevante Akteur*innen beteiligen sowie ebenen- und ressortübergreifend zusammenarbeiten. In Reallaboren können dabei innovative Ansätze erprobt, Erkenntnisse evaluiert und auf andere Kommunen übertragen werden.*

1. Klima und Gesundheit – eine wechselseitige Beziehung

Europa erwärmt sich doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. In Deutschland ist die mittlere Temperatur seit Beginn der Wetteraufzeichnung im Jahr 1881 laut dem Deutschen Wetterdienst schon um 2,5 °C gestiegen. Das hat erhebliche gesundheitliche Folgen, die sich in Städten aufgrund der hohen Bevölkerungs- und Siedlungsdichte in besonderem Maße auswirken. Gleichzeitig können städtische Strukturen die klimatische Belastung verstärken: Durch die vielen versiegelten Flächen und wärmespeichernde Materialien wie Beton und Asphalt entstehen urbane Wärmeinseln, die die Hitzebelastung erhöhen.

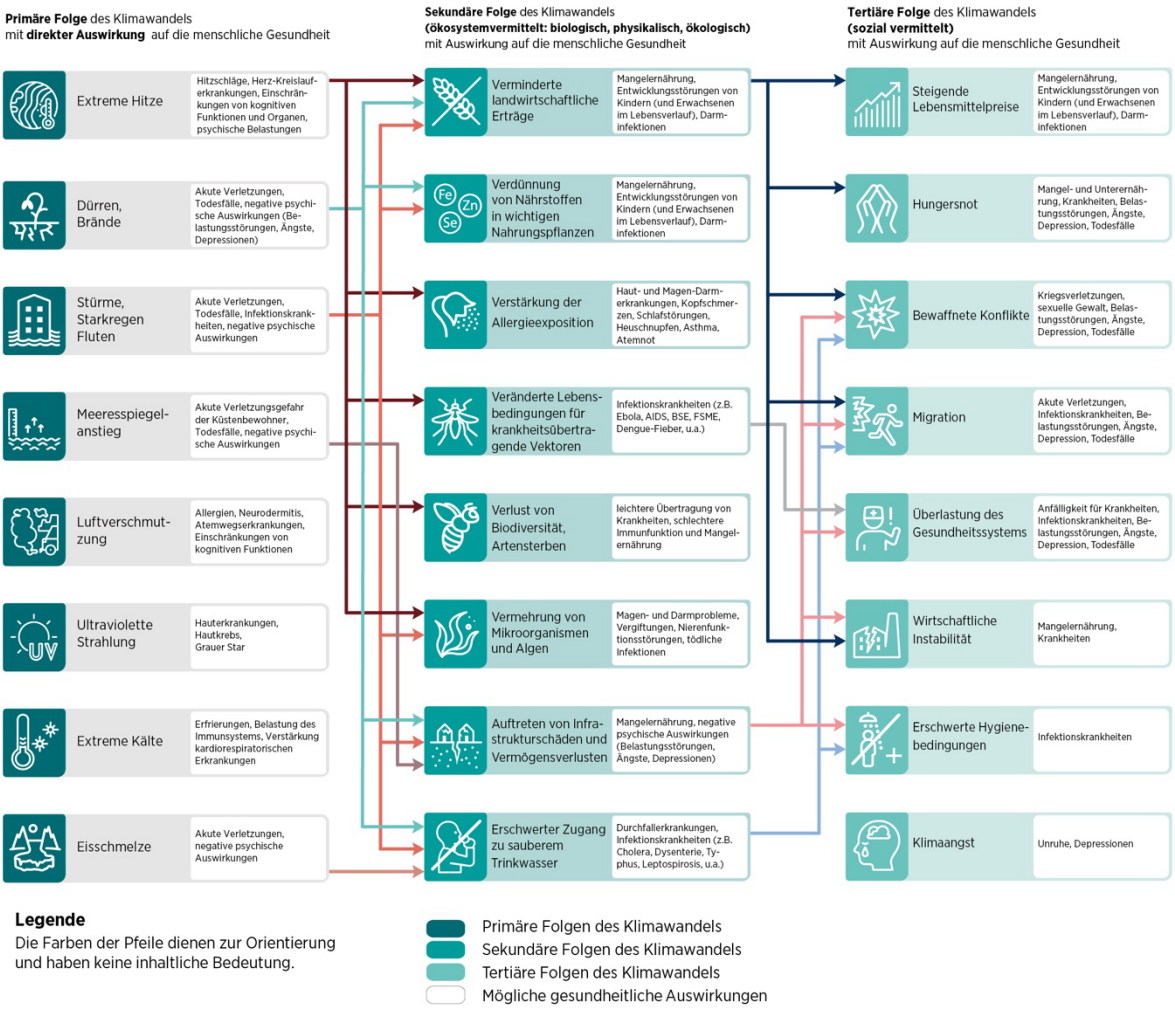


Abb. 1: *Die im Auftrag der Krankenkasse BARMER erstellte Forschungslandkarte veranschaulicht beispielhaft die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Umweltveränderungen und menschlicher Gesundheit. Dabei wird zwischen direkten gesundheitlichen Folgen (etwa durch extreme Hitze) sowie indirekten gesundheitlichen Folgen über sekundäre (wegen extremer Hitze weniger landwirtschaftliche Erträge) und tertiäre Wirkpfade (dadurch wiederum steigende Lebensmittelpreise) unterschieden.*

Quelle: *Wuppertal Institut, 2022*

Besonders deutlich zeigen sich die gesundheitlichen Auswirkungen in Hitzewellen. Laut Robert Koch-Institut (RKI) lag die Zahl der Hitzetoten in Deutschland Mitte 2026 bei rund 16.000 Personen – mehr als jemals zuvor vom RKI erfasst. Insbesondere ältere, allein-

lebende und vorerkrankte Menschen waren betroffen. Die Folgen des Klimawandels reichen über Hitze hinaus. Wie Abbildung 1 verdeutlicht, entstehen gesundheitliche Belastungen auch durch die Ausbreitung von Krankheitserregern, verlängerte Allergiesaisons, veränderte Luftqualität, verunreinigtes Wasser und psychische Belastungen infolge von Extremwetterereignissen.

Diese vielfältigen und miteinander verflochtenen Risiken zeigen, dass gerade im urbanen Raum Klima- und Umweltbelastungen, soziale Ungleichheiten und kommunale Infrastruktur unmittelbar zusammenwirken und das Wohlbefinden der Bewohner*innen beeinflussen. So wirken sich Entscheidungen über den Zugang zu kühlen Aufenthaltsorten, sichere Mobilität oder den Schutz vor Hitze in der Wohnung darauf aus, wie Gesundheitsrisiken und Schutzmöglichkeiten verteilt sind. Stadtplanung, Gesundheitsamt und die Umweltverwaltung können besonders hitzebelastete Stadtteile identifizieren und gezielt zu einer passiven Kühlung des Stadtraums beitragen, indem Grünflächen und Schatteninfrastruktur gezielt ausgebaut werden. Deshalb ist ein ressortübergreifender Ansatz notwendig, der Klimaschutz, Klimaanpassung, und gesundheitliche Chancengleichheit miteinander verbindet und klimaresiliente, gesundheitsförderliche Lebensbedingungen schafft.

2. Warum Gesundheit in alle Politikfelder gehört

Viele Faktoren, die die Gesundheit beeinflussen, liegen außerhalb des Gesundheitswesens: die Gestaltung von Quartieren und Freiräumen, Mobilität, Wohnen, Produktions- und Konsumsysteme soziale Infrastruktur oder Klimaanpassung. Entscheidungen in diesen übergeordneten Politikfeldern sind immer auch Entscheidungen über Lebensbedingungen, die Einfluss auf das Wohlergehen der Menschen haben. Genau hier setzt der Ansatz „Health in All Policies“ (HiAP) an. Ziel des HiAP-Konzepts ist es, gesundheitliche Auswirkungen und gesundheitliche Chancengleichheit systematisch in politische Entscheidungen unterschiedlicher Ressorts einzubeziehen, also nicht allein in den einzelnen Fachbereichen zu bearbeiten.

Ein Beispiel ist das Projekt „Zukunft in Bewegung“, das Gesundheit, Bewegung und Klimaschutz durch die Förderung aktiver Alltagsmobilität von Kindern verbindet. Dabei werden gemeinsam mit Kindern und lokalen Akteur*innen Maßnahmen entwickelt, um eigenständige und aktive Mobilität zu fördern.

Ein zentraler Ansatz, um HiAP in der kommunalen Praxis umzusetzen, sind Reallabore, wie sie Wuppertal Institut etabliert sind: Beteiligte definieren Probleme gemeinsam, betrachten Zusammenhänge aus unterschiedlichen Perspektiven, entwickeln Lösungen ressortübergreifend und evaluieren diese auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und lokaler Erfahrungen. So wird Gesundheit in kommunale Entwicklungsprozesse zu Klima, Umwelt und sozialer Entwicklung als verbindende Perspektive integriert. Im Projekt URBAN SusHealth wird dieser Ansatz genutzt, um kommunale Maßnahmen entlang des Dreiklangs von Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheitsförderung und Prävention sowie gesundheitlicher Chancengleichheit ressortübergreifend weiterzuentwickeln und zu evaluieren.

Auch im Projekt „Identifikation sozial-ökologischer Problemlagen“ wurde der HiAP-Ansatz genutzt, um in enger Abstimmung mit einer Kommunalverwaltung eine Systematik zur integrierten Bewertung dieser Problemlagen zu entwickeln.

Good Practice: Maßnahmen gemeinsam unter die „Gesundheitslupe“ nehmen

South Australia, Australien: Ein strukturierter Ansatz für ressortübergreifende Zusammenarbeit

Ähnlich dem Reallaboransatz ist die Health Lens Analysis (HLA) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Verfahren, mit dem das Gesundheitsressort und andere Fachressorts politische Vorhaben gemeinsam betrachten. Ziel ist es, unterschiedliche Perspektiven und wissenschaftliche Erkenntnisse zusammenzuführen und Lösungen zu entwickeln, die fachpolitische Ziele unterstützen und zugleich Gesundheit und Wohlbefinden fördern.

In fünf Schritten zur gemeinsamen Lösung

1. *Gemeinsam starten (Engage)*
   Ziele, Fragestellung und Zuständigkeiten mit den beteiligten Ressorts abstimmen.
2. *Wissen bündeln (Gather Evidence)*
   Forschung, Verwaltungsdaten und Erfahrungen betroffener Menschen zusammenführen.
3. *Lösungen entwickeln (Generate)*
   Gemeinsam Maßnahmen erarbeiten, die mehrere Ziele verbinden und gesundheitliche Vorteile schaffen.
4. *Umsetzung verankern (Navigate)*
   Empfehlungen in Strategien, Entscheidungsprozesse und die konkrete Arbeit der Ressorts einbringen.
5. *Wirkung überprüfen (Evaluate)*
   Ergebnisse, Zusammenarbeit und mögliche Verbesserungen gemeinsam bewerten.

3. Soziale und umweltbezogene Faktoren und Wirkungen

Die Gesundheit wird durch vielfältige soziale, ökonomische, politische, kulturelle und ökologische Einflussgrößen geprägt, die eng miteinander zusammenhängen. Dazu zählen unter anderem soziale Lebensbedingungen, Umweltbelastungen sowie die Bedingungen, unter denen Menschen leben, wohnen und arbeiten.

Ein praktisches Beispiel ist die Wohnungspolitik: Eine bezahlbare, ausreichend große und gut isolierte Wohnung schützt vor Kälte, Hitze, Feuchtigkeit und Lärm. Schlechte Wohnverhältnisse verstärken dagegen gesundheitliche Belastungen. Gleichzeitig hängt die Wohnsituation oftmals von Einkommen und sozialer Absicherung ab. Menschen mit geringeren finanziellen Möglichkeiten leben beispielsweise häufiger unter ungünstigen Wohnbedingungen und sind stärker Umweltbelastungen ausgesetzt.

Für die Umsetzung von HiAP bedeutet dies, sich bei sozialen und umweltbezogenen Maßnahmen systematisch anzuschauen, über welche Wirkungspfade sie Verbesserungen bewirken. Ein sogenanntes Wirkungsmodell kann dabei zeigen, welche sozialen und umweltbezogenen Rahmenbedingungen ein kommunales Vorhaben adressiert, welche unmittelbaren Veränderungen zu erwarten sind und wie es mittel- und langfristig die Gesundheit verbessert. Zugleich dient ein solches Modell als Orientierungsrahmen, um angenommene Wirkungen zu überprüfen. Im Präventionsprojekt URBAN SusHealth von BARMER und Wuppertal Institut unterstützt ein praxisnahes Wirkungsmodell Kommunen dabei, solche Zusammenhänge systematisch abzuleiten und ihre Annahmen im Projektverlauf zu verifizieren.

Beispiel: klimaangepasste Grünflächen. Wohnortnahe Grünflächen können Hitze reduzieren, Bewegung und Erholung fördern und soziale Begegnungen ermöglichen. Damit eine solche Maßnahme auch gesundheitliche Chancengleichheit stärkt, sollte zusätzlich betrachtet werden, welche Bevölkerungsgruppen Zugang zu den Flächen haben, wer besonders von Hitze betroffen ist und ob bestimmte Gruppen durch Lage oder Gestaltung ausgeschlossen werden. Ein Wirkungsmodell hilft, diese unterschiedlichen Wirkungspfade zusammenzuführen und die Vorhaben an lokale Bedarfe anzupassen.

4. Politik auf unterschiedlichen Ebenen gestalten

Querschnittsthemen nach dem HiAP-Ansatz – wie Klimaanpassung, Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Bildung, Mobilität – scheitern oft, wenn sie in bestehende Organisationsstrukturen mit klar definierten thematischen Zuständigkeiten integriert werden, während Fachämter beispielsweise für Bau, Verkehr oder Wirtschaft nach ihren traditionellen Routinen weiterarbeiten.

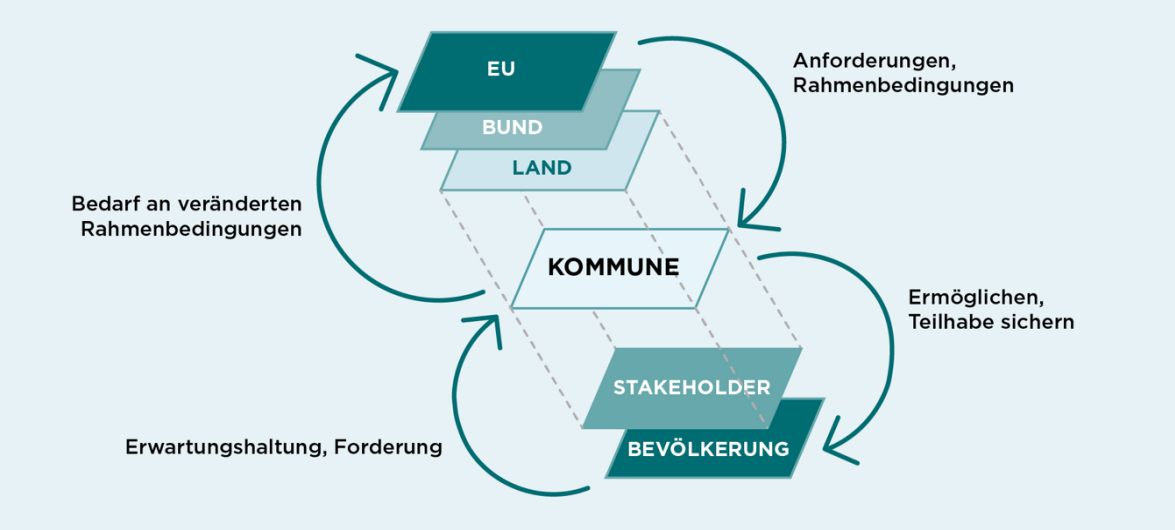


Abb. 2: *Schematische Abbildung eines wechselseitigen Gestaltungsprozesses über verschiedene politische Ebenen zur Entwicklung eines integrierten Politikansatzes nach dem HiAP-Konzept.*
Quelle: *Wuppertal Institut, 2021*

Um den HiAP-Ansatz in konkrete Maßnahmen zu übersetzen, braucht es einen stärker integrierten Ansatz in der Politikgestaltung, und zwar auf drei Feldern:

- Zwischen den politischen Ebenen (vertikal): EU, Bund, Länder und Kommunen schaffen gemeinsam förderliche Rahmenbedingungen.
- Innerhalb der Verwaltung (horizontal): Ämter arbeiten zusammen statt nebeneinander, was Entscheidungsprozesse zwischen Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft beschleunigt.
- Zwischen den Themenfeldern (sektoral): Klima, Energie, Verkehr und Soziales werden zusammengedacht, dadurch Zielkonflikte vermieden und Synergien genutzt.

Good Practice: Wales – Wohlbefinden gemeinsam gestalten

Der „Well-being of Future Generations (Wales) Act 2015“ verankert nachhaltiges Wohlergehen als gemeinsame Aufgabe und verbindet verschiedene politische Ebenen, Verwaltungsbereiche und gesellschaftliche Perspektiven. Er zeigt, wie gesetzliche Vorgaben ressortübergreifendes und langfristiges Handeln stärken.

- **Vertikal (politische Ebenen):** Das Gesetz verknüpft globale Nachhaltigkeitsziele (SDGs) mit Landes- und Kommunalpolitik. Lokale *Public Services Boards* bringen Kommunen, Gesundheitsbehörden und weitere öffentliche Einrichtungen zusammen, um gemeinsame Wohlfahrtsziele und -pläne zu entwickeln.
- **Horizontal (Verwaltung und Stadtgesellschaft):** Fünf gesetzliche Arbeitsweisen – Langfristigkeit, Prävention, Integration, Zusammenarbeit und Beteiligung – fördern ressortübergreifendes Handeln und beziehen die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse ein.
- **Sektoral (Themenfelder):** Sieben gesetzliche Wohlfahrtsziele verbinden Gesundheit, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und den Zusammenhalt von Gemeinschaften in einem gemeinsamen Handlungsrahmen.

5. Mehrfachnutzen in den Kommunen

Gesundheitsrelevante Entscheidungen in politischen und kommunalen Bereichen wie Stadtentwicklung, Umwelt, Ernährung und Sozialpolitik haben häufig wichtige Mehrwerte für Klima und Gesundheit (Co-Benefits). So tragen etwa langfristige, klimaschützende Maßnahmen wie Begrünung und Entsiegelung zur passiven Kühlung des Stadtraumes bei und können den Bedarf an speziellen, kostenintensiven Lösungen wie kühlen öffentlichen Orten, Fernkälte und aktive Kühlung mit Klimaanlagen vermindern.

Mithilfe des HiAP-Ansatzes können Politik und Kommunen entscheidende Synergien zwischen Klimaschutz, Stadtentwicklung und Gesundheitsvorsorge nutzen, indem sie langfristige Maßnahmen politisch priorisieren und Gesundheitsressourcen, gesundheitliche Stressoren sowie soziale Vulnerabilitäten räumlich zusammenführen. So lassen sich beispielsweise Hitze- und Kältebelastungen, kühlende Ressourcen wie Grünflächen und Gewässer sowie die räumliche Verteilung besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen gemeinsam betrachten, um Maßnahmen gezielt dort umzusetzen, wo sie besonders dringend benötigt werden. Kreislaufwirtschaft kann durch bedarfsgerechten Einkauf,

Wiederverwendung und verbesserte Abfalltrennung dazu beitragen, Ressourcenverbrauch und Emissionen zu reduzieren. Da ein großer Teil der Emissionen bereits bei der Herstellung von Medizinprodukten und Arzneimitteln entsteht, sind neben Einrichtungen des Gesundheitswesens auch Hersteller, Entsorger, Kommunen und Länder gefragt. Solche Beispiele verdeutlichen, dass HiAP über die Verbesserung der Gesundheit hinaus weitere gesellschaftliche Ziele unterstützen kann: Klimaschutzmaßnahmen können die Lebensqualität erhöhen, Kosten senken und durch gesundheitsförderliche Angebote – etwa eine ausgewogene, stärker pflanzenbasierte Verpflegung in Schulen, Kitas und Kantinen – ökologische und gesundheitliche Vorteile miteinander verbinden. Entscheidend ist, diese Wirkungen und mögliche Zielkonflikte von Beginn an gemeinsam zu betrachten.

6. Handlungsempfehlungen für Kommunen

Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen Kommunen helfen, das „Health in All Policies“-Konzept in der Praxis umzusetzen:

- **Gesundheit als Querschnittsthema verankern und Co-Benefits berücksichtigen:** Kommunen sollten Gesundheit in allen relevanten Ressorts, von Stadtentwicklung über Verkehr bis Bildung, Bau und Wirtschaft, als Querschnittsthema berück-sichtigen. Dabei sollten sie mögliche Co-Benefits, Synergien und Zielkonflikte systematisch identifizieren und beim Planen und Umsetzen von Maßnahmen berücksichtigen.
- **Ebenen- und ressortübergreifende Zusammenarbeit stärken:** Sie sollten gezielt die vertikale Zusammenarbeit zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie die horizontale und sektorale Zusammenarbeit zwischen Ressorts und Politikfeldern stärken (vgl. 4 und 5).
- **Kommunale Akteur*innen und Zivilgesellschaft beteiligen:** Wichtig beim HiAP-Ansatz ist es, Verwaltung, Politik, Wissenschaft sowie Bürger*innen und weitere lokale Akteur*innen zusammenzubringen.
- **Neue Ansätze experimentell erproben:** Kommunen sollten Möglichkeiten schaffen, innovative und ressortübergreifende Ansätze in Reallaboren und Modellprojekten zu erproben. Hier können Verwaltungen damit experimentieren, wie sie über Ämter- und Fachgrenzen hinweg zusammenarbeiten, gemeinsame Entscheidungen treffen und die Kommune steuern können.
- **Erfahrungen aus Modellkommunen übertragen:** Die Erkenntnisse aus den Reallaboren und Modellprojekten sollten Kommunen systematisch auswerten und für andere Städte und Gemeinden nutzbar machen.
- **Soziale und ökologische Einflussgrößen definieren, Wirkungen evaluieren:** Kommunen sollten alle Maßnahmen für Hitzeschutz, Mobilität, Wohnen, Ernährung sowie Zugang zu Grün- und Freiräumen daraufhin analysieren, wie sie sich auf Gesundheit, gesundheitliche Chancengleichheit und Klima- und Umweltschutz auswirken.

Vertiefende Quellen

- Bolte, G., Tönnies, J., Krumreihn, A., Stelzer, F., Senck, E., Gröne, K., Bongers-Römer, S., Stalling, I., Bammann, K., Köckler, H.. Entwicklung einer gesunden Stadt für alle: Verbundprojekt SalusTransform. Public Health Forum, vol. 33, no. 3, 2025, pp. 262-265. https://doi.org/10.1515/pubhef-2025-0058
- Baedeker, C., Luggen-Hölscher, A., Gröne, K., Gnanko, T., Greven, A., Kühlert, M., (2025). Klimaresiliente Gesundheitsförderung und Prävention im urbanen Raum. Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention in Verbindung mit Klima- und Umweltschutz unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Chancengleichheit. Explorationsbericht im Rahmen des Präventionsprojektes „URBAN SusHealth“ der BARMER und des Wuppertal Instituts https://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/8893
- Baedeker, C., Kühlert, M., Schmitt, M. (2023). Forschungslandkarte Klimawandel und Gesundheit – Projektbericht. Wuppertal: Wuppertal Institut
- Commission on Social Determinants of Health (2008): Closing the Gap in a Generation: Health Equity through Action on the Social Determinants of Health. Geneva: World Health Organization
- World Health Organization (2025): Social determinants of health. Fact sheet, 6 May 2025. Geneva: World Health Organization
- World Health Organization (2025): World report on social determinants of health equity. Geneva: World Health Organization
- Wuppertal Institut (2026). Multiple Benefits: die unterschätzte Rendite nachhaltiger Lösungen (Zukunftsimpuls Nr. 32)

Bitte die Publikation folgendermaßen zitieren:
Baedeker, C., Bierwirth, A., Erbe, F., Ersoy, S. R., Greven, A., Luggen-Hölscher, A., Schmidt, C., Stelzer, F., Wagner, O. (2026). Gesundheit im Klimawandel: Neue Querschnittsaufgabe für Kommunen (In Brief Nr. 17/2026). Wuppertal Institut.

Dieser Text steht unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung 4.0 International“ (CC BY 4.0).| https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Döppersberg 19 | 42103 Wuppertal

ViSdP: Prof. Dr.-Ing. Manfred Fischedick, Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer
Medienkontakt: Christin Hasken, Leiterin Kommunikation und Pressesprecherin
Tel: +49 202 24 92-187
E-Mail: pr@wupperinst.org

wupperinst.org